

ANTRAG

der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

**EntschlieÙung zur Umsetzung von Beschlüssen des 13. Parlamentsforums
Südliche Ostsee in Hamburg vom 19. bis 21. April 2015**

Der Landtag möge beschließen:

1. Der Landtag stimmt der vom 13. Parlamentsforum Südliche Ostsee am 21. April 2015 verabschiedeten Resolution (Anlage) im Rahmen seiner Zuständigkeiten zu.
2. Der Landtag beauftragt seine zuständigen Ausschüsse, der Arbeit und den Beschlüssen des Parlamentsforums Südliche Ostsee weiterhin kontinuierlich hohe Aufmerksamkeit zu widmen und dem Landtag gegebenenfalls hierzu Empfehlungen vorzulegen.
3. Die Landesregierung wird aufgefordert, sich im Rahmen ihrer Zuständigkeiten auf regionaler, nationaler und internationaler Ebene nachdrücklich für die in der Resolution des 13. Parlamentsforums Südliche Ostsee enthaltenen Feststellungen und Forderungen einzusetzen und diese umzusetzen sowie den Landtag im Vorfeld des 14. Parlamentsforums Südliche Ostsee bis 31. März 2016 über den Stand der Umsetzung der in der Resolution enthaltenen Forderungen und Maßnahmenvorschläge im Land zu unterrichten.
4. Der Landtag leitet diese EntschlieÙung dem Europäischen Parlament, der Europäischen Kommission und der Ostseeparlamentarierkonferenz (BSPC) zu.

Dr. Norbert Nieszery und Fraktion

Vincent Kokert und Fraktion

Helmut Holter und Fraktion

Jürgen Suhr und Fraktion

Begründung:

Vom 19. bis 21. April 2015 fand das 13. Parlamentsforum Südliche Ostsee in Hamburg statt. Delegierte der Länderparlamente aus Schleswig-Holstein, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, der polnischen Sejmiks aus Westpommern, Pommern und Ermland-Masuren sowie die Kaliningrader Gebietsduma der Russischen Föderation und des Regionalparlamentes der schwedischen Region Schonen beteiligten sich an der Konferenz.

Das Parlamentsforum stand unter dem Motto „Wissenschafts- und Hochschulkooperation im Ostseeraum“. Der Fokus des politischen Interesses lag auf den Rahmenbedingungen einer Zusammenarbeit im Bereich der Wissenschafts- und Hochschulpolitik in der Region Südliche Ostsee, insbesondere hinsichtlich der Studierendenmobilität, der Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der Region in diesem Bereich, der stärkeren Erforschung des demografischen Wandels in der Region, der Auswirkungen des Klimawandels auf die Ostseeregion sowie der Bekämpfung multiresistenter Keime. Rund 80 Parlamentarier, Sachverständige und Verwaltungsmitarbeiter aus Deutschland, Polen, Russland und Schweden berieten über diese für alle beteiligten Regionen relevanten Themen.

Mit der Resolution wurden Ergebnisse und Handlungsbedarfe für die Regionalentwicklung in der südlichen Ostsee zu dem vorbezeichneten Thema formuliert. Dabei standen die Identifikation gemeinsamer Interessen und die Definition daraus abzuleitender Konsequenzen in den Schwerpunktbereichen im Mittelpunkt (vgl. Teil 2 bis Teil 4 der Resolution).

Insgesamt wurden die in der Resolution des 13. Parlamentsforums Südliche Ostsee enthaltenen Empfehlungen anhand von Beiträgen aus den Partnerparlamenten und anhand von Vorträgen im Rahmen von Podiumsdiskussionen in den Schwerpunktbereichen des Parlamentsforums ausgearbeitet, in denen Sachverständige und Experten aus den Regionen zu den Themenkomplexen berieten. Eine vorbereitende Arbeitsgruppensitzung des Parlamentsforums Südliche Ostsee, in deren Mittelpunkt die Erarbeitung der Resolution stand, fand vom 26. bis 27. März in Kiel statt.

Ausrichter und Gastgeber des 14. Parlamentsforums wird der Schleswig-Holsteinische Landtag sein.

Die aus der Anlage ersichtliche Resolution hat das Forum einstimmig angenommen.

Konferenzablauf

I. Einführendes Grußwort der Präsidentin der Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg

Die Präsidentin der Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg Frau **Carola Veit** hob in ihrer Begrüßung ausdrücklich hervor, dass eine Delegation des Regionalparlamentes der schwedischen Region Schonen am Parlamentsforum Südliche Ostsee teilgenommen hat.

Sie hob ferner hervor, dass als thematischer Schwerpunkt für das 13. Parlamentsforum bewusst nur ein Thema gewählt worden sei, nämlich „Wissenschaft- und Hochschulkooperation im Ostseeraum“. Im Bereich von Forschung und Lehre hätten die Regionen direkte Einfluss- und Gestaltungsmöglichkeiten. Aus den Universitäten gingen die wesentlichen Ideen hervor, die die Gesellschaft erneuerten. Wissenschaft sei eine wichtige Ressource. Ferner trage das Parlamentsforum Südliche Ostsee zum europäischen Einigungsprozess bei.

II. Konferenzbeitrag Region Schonen

Einführung

Frau **Christine Axelsson** (Präsidentin des Regionalrates der Region Schonen) forderte in ihrem Grußwort, dass Innovationen gefördert werden müssten. Dazu müssten verstärkt EU-Programme genutzt werden, so zum Beispiel der Europäische Struktur- und Investitionsfond (ESIF) und Horizont 2020. Dazu sei eine „smarte“ Politik erforderlich. Sie hob hervor, dass Europa Weltführer im Bereich der Lifescience sei.

Vortrag

Herr **Daniel Kronmann**, (Innovationsmanager für Materialien, Abteilung für Wirtschaft und Innovationen der Regionalverwaltung Schonen) legte dar, dass die Region Schonen mit der Universität Lund und der Hochschule Malmö bei der Erforschung von innovativen Materialien kooperiere. Innovative Materialien kämen unter anderem für LED-Leuchtmittel, bei Mikrochips, bei GPS, Airbags, Kosmetik und im Gesundheitsbereich für Gelenkersatz zum Einsatz. Innovative Materialien seien im täglichen Leben der Menschen nützlich. In Lund gebe es ein Unternehmen der Universität („GLO“), das sich mit der Erforschung und Entwicklung von Nano-Materialien befasse. Wichtig sei, bei der Entwicklung von neuen Materialien die Unternehmen mit einzubeziehen und unterschiedliche Stakeholder zu beteiligen. So könnten neue Wissenschaftszweige etabliert werden. Des Weiteren müsse die europäische Zusammenarbeit im Bereich der Innovationen verstärkt werden und mehr Projekte gemeinsam betrieben werden. Viele Unternehmen fänden in Europa nicht genügend Forschungsinfrastruktur vor und wanderten ab, zum Beispiel in die USA. Fraglich sei, wie mehr Kapital für Innovationen generiert werden könne. Eine Lösung hierfür sei der Investitionsplan der EU-Kommission (Juncker-Plan), um Gelder nach Nordeuropa zu leiten.

III. Konferenzbeitrag Kaliningrader Gebiet

Einführung

Herr **Alexander Mussewitsch** (Vorsitzender des ständigen Ausschusses für internationale und regionale Beziehungen, Sicherheit und Rechtsordnung der Kaliningrader Gebietsduma) führte in seinem Grußwort aus, dass Hochschulen in Kaliningrad verschiedenste Partnerschaften und Kooperationen mit ausländischen Hochschulen hätten. Allein die Kant-Universität in Kaliningrad habe im Jahr 2014 neun Kooperationsverträge mit Hochschulen in Europa geschlossen, 2013 seien es sieben Verträge gewesen. Die Kant-Universität habe unter anderem Partnerschaften mit den Universitäten in Greifswald, Kiel und Lübeck. Die meisten Kooperationen bestünden mit Hochschulen in der Region der südlichen Ostsee. Dies liege nicht nur an der geografischen Nähe, sondern auch an dem dort befindlichen hervorragenden Forschungsniveau. Es seien aber neue Impulse erforderlich. Er verwies in diesem Zusammenhang besonders auf die Life Science und die Fischereiwirtschaft. Er stellte schließlich das Fab Lab Projekt vor.

Vortrag

Herr **Dr. Dmitrij Schitz** (Leiter des Labors für optische Ausstrahlungen der baltischen föderalen Immanuel-Kant-Universität Kaliningrad) legte zunächst die Struktur der Kant-Universität Kaliningrad dar. Er erläuterte unter anderem, dass die Kant-Universität 300 Bildungsprogramme anbiete. Es gebe verschiedenste Kooperationen mit ausländischen Hochschulen, insbesondere im Ostseeraum. Das wirtschaftliche Forschungsvolumen habe sich in den letzten Jahren vervielfacht. Die Forschungsschwerpunkte der Kant-Universität lägen zu 78 % bei den Naturwissenschaften. Die Informationstechnologien, Chemie, Biomedizin, Nanotechnologie und Energieeffizienzforschung nähmen einen besonderen Stellenwert ein. Er stellte ferner das Konstruktionsbüro Fab Lab vor. Hier stünden für junge Menschen Werkzeuge und programmgesteuerte Maschinen zur Verfügung. Studierende bekämen die Gelegenheit, eigene Projekte und Ideen umzusetzen. Das Fab Lab sei ein Beitrag zur „science popularization“. Der Schwerpunkt des Kaliningrader Fab Lab liege in den Bereichen Elektrik, Robotertechnologie, Informationstechnologie, 3D Drucker und Laseranimationstechnik. Er wies darauf hin, dass es Fab Labs auch in anderen Regionen gebe. In Hamburg gebe es ein Fab Lab, das 3D Drucker entwickele. Ein Fab Lab in Lübeck beschäftige sich mit Nanotechnologien. Das Medialab in Danzig erforsche den Anbau von Pflanzen in PET-Flaschen. Er schlug vor, eine Kooperation der Fab Labs im Ostseeraum zu schaffen. Eine „Fab Lab Association of the Baltic Sea Region“ könne gegründet werden. So könnten durch die gemeinsame Nutzung von Einrichtungen und Geräten Ressourcen gebündelt und die Finanzierung erleichtert werden.

Die erste Vizepräsidentin des Landtages Mecklenburg-Vorpommern Frau **Beate Schlupp** fragte in der sich anschließenden Diskussion, inwiefern Fab Lab dazu beitrage, dass sich mehr Jugendliche für Naturwissenschaften interessierten. Sie erkundigte sich ferner, was diesbezüglich die Intention der Kaliningrader Gebietsduma im Hinblick auf die Konferenzresolution sei.

Herr **Alexander Mussewitsch** (Vorsitzender des ständigen Ausschusses für internationale und regionale Beziehungen, Sicherheit und Rechtsordnung der Kaliningrader Gebietsduma) legte dar, dass bei Fab Lab auch Oberstufenschüler einbezogen werden sollten. Ferner müssten strategische Kontakte ausgebaut werden. Schnittstellen zwischen verschiedenen Fachbereichen und wissenschaftlichen Disziplinen sollten genutzt werden. Schließlich erläuterte er, dass es im Hinblick auf den demografischen Wandel sinnvoll sei, ausländische Studenten anzuwerben und auszubilden.

Herr **Dr. Sven Tode** (Mitglied der Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg) stellte fest, dass es die Fab Labs bereits gebe. Er warf die Frage auf, dass geklärt werden müsse, wie die Struktur einer entsprechenden Kooperation aussehen solle.

Frau **Jette Waldinger-Thiering** (Mitglied des Schleswig-Holsteinischen Landtages) merkte an, dass es wichtig sei, junge Menschen in den Fächern Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik zu fördern.

Frau **Gabriele Dobusch** (Mitglied der Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg) sagte, dass auch in den Naturwissenschaften und bei der Implementierung von Fab Labs der Gedanke der Geschlechtergleichstellung Berücksichtigung finden müsse.

IV. Konferenzbeitrag Westpommern

Einführung

Frau **Teresa Kalina** (Präsidentin des Sejmijs der Woiwodschaft Westpommern) hob in ihrem Grußwort hervor, dass es wichtig sei, die Qualität der Hochschulen zu erhöhen. Dazu gehöre auch, die internationale Zusammenarbeit im Hochschulsektor zu intensivieren.

Vorträge

Herr **Jerzy Kotłęga** (Vizepräsident des Sejmijs der Woiwodschaft Westpommern) sagte, dass die Partner in der Ostseeregion inzwischen gelernt hätten, über eine gemeinsame Zukunft zu diskutieren und voneinander zu lernen. Die Europäische Union verbinde die Regionen, die auf diese Weise konkurrenzfähig seien. Die Umgestaltung in der Europäischen Union basiere auf den Säulen Bildung, Forschung und Innovation. Durch die grenzüberschreitenden Kooperationen in der Südlichen Ostsee komme die Region der Umsetzung der Ziele des Vertrages von Lissabon immer näher. Es bestünden aber noch große Gegensätze, zum Beispiel zwischen Polen und Schweden. Für den Erfolg in der Region seien Kooperationen zwischen Unternehmen und Forschung sowie der Import von neuen Technologien von außen wichtig. Daneben müsse die berufliche Ausbildung verbessert werden.

Herr **Krzysztof Zarna** (Direktor der Abteilung für territoriale Zusammenarbeit der Woiwodschaftsverwaltung Westpommern) legte dar, dass es notwendig sei, den Fortschritt in der Region der Südlichen Ostsee anzukurbeln, um Wachstum zu schaffen. Ein Grundstein sei, die Zusammenarbeit im Bildungssektor zu unterstützen und so Homogenität zu erreichen. Hierfür müssten politische Rahmenbedingungen geschaffen werden. In Westpommern gebe es beispielsweise einen Woiwodschaftsvertrag zur Entwicklung der Wissen- und Unternehmerschaft. Es sei wichtig, regionale Spezialisierungen zu erhalten.

V. Konferenzbeitrag Pommern

Einführung

Herr **Grzegorz Grzelak** (Stellvertretender Vorsitzender des Sejmiks der Woiwodschaft Pommern) ging in seinem Grußwort auf die Erfahrungen in der Zusammenarbeit der Partnerregionen ein. Die Zusammenarbeit der Regionen in der Südlichen Ostsee blicke auf eine langjährige Geschichte zurück. Er wies auf das Baltische Tourismusforum hin, das im September in Danzig stattfinden werde. Das Motto sei „1 Meer, 1 Million Möglichkeiten“. Er hob hervor, dass das Tourismusforum auf das Parlamentsforum Südliche Ostsee in Kaliningrad zurückgehe. Das Thema des diesjährigen Parlamentsforums - Wissenschafts- und Hochschulkooperation - gehe auf das Forum in Kolberg zurück.

Vortrag

Herr **Professor Kazimierz Musiał** (Institut für Skandinavienstudien der Universität Danzig) legte zunächst dar, was internationalisierte Kooperation bedeute. Aus verschiedenen Definitionen ließen sich zwei Merkmale herausarbeiten. Zum einen müsse an einer Kooperation mehr als ein Staat beteiligt sein, zum andern müsse es Zielstellung der Kooperation sein, dass die Herausforderung der Globalisierung gemeinsam angegangen werden solle. Seiner Ansicht nach funktioniere Wissen global. Auch die Wirtschaft brauche internationale Erfahrung. Er hob hervor, dass sich im Raum der Südlichen Ostsee die regionalen und die nationalen Interessen gegenüber stünden. Einerseits führe das Erstarken von Realpolitik in den internationalen Beziehungen zu mehr Konkurrenz zwischen den Staaten. Andererseits führe ein internationalisiertes Bildungssystem zu regionaler Kohäsion und Identität. Das Ziel einer koordinierten Bildungspolitik müsse sein, Studenten anzuziehen, auszubilden und dann auch zu halten. Internationalisierung sei eine Qualitätsgarantie. Das Hochschulwesen sei auch ein diplomatisches Stilmittel. Er warf das Problem auf, dass lediglich Englisch die Sprache der Wissenschaft sei. Dies bezeichnete er als „cognitive colonisation“. Russland und die osteuropäischen Staaten stünden teilweise vor einer Sprachbarriere. Die europäische Hochschulkooperation im Rahmen des Bologna-Prozesses und die Entwicklungen im russischsprachigen Raum würden auseinanderlaufen. Er schlug abschließend vor, einen internationalen Fonds aufzulegen, um Kooperationen im Wissenschaftsbereich und Mobilität zu fördern. Es müsste ferner vermehrt gemeinsam geforscht werden und es müssten grenzüberschreitende Forschungsnetzwerke gebildet werden. Studienprogramme sollten mit mehr internationalen Inhalten angereichert werden. Sprachstudien müssten stärker unterstützt werden.

Herr **Alexander Mussewitsch** (Vorsitzender des ständigen Ausschusses für internationale und regionale Beziehungen, Sicherheit und Rechtsordnung der Kaliningrader Gebietsduma) fragte nach den konkreten Problemen bei der Internationalisierung.

Herr **Professor Kazimierz Musiał** (Institut für Skandinavienstudien der Universität Danzig) erläuterte, dass das größte Problem derzeit die Sprachbarriere sei.

Herr **Dr. Sven Tode** (Mitglied der Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg) fragte nach den konkreten Möglichkeiten in der Region der Südlichen Ostsee.

Herr **Jerzy Kotłęga** (Vizepräsident des Sejmiks der Woiwodschaft Westpommern) merkte an, dass in Rankings unter den ersten 100 Universitäten nur 12 aus der Region der Südlichen Ostsee stammten. Das Funktionieren von Universitäten sei regional unterschiedlich.

Herr **Artur Chojecki** (Stellvertretender Vorsitzender des Sejmijs der Woiwodschaft Ermland-Masuren) regte an, den Studierenden konkrete Angebote wie zum Beispiel die Möglichkeit von Auslandssemestern zu machen.

Herr **Krzysztof Zarna** (Direktor der Abteilung für territoriale Zusammenarbeit der Woiwodschaftsverwaltung Westpommern) stellte ein Projekt zur Umwandlung von Abfallprodukten in Energie der Universität Lund unter Leitung von Professor Bachmann vor. Dort gebe es ein internationales Team und man sei international vernetzt.

Herr **Professor Kazimierz Musiał** (Institut für Skandinavienstudien der Universität Danzig) sagte, dass es erforderlich sei, eine transnationale Gemeinschaft von Wissenschaftlern zu schaffen.

Frau **Jette Waldinger-Thiering** (Mitglied des Schleswig-Holsteinischen Landtages) sagte, dass die Universität Flensburg die Bezeichnung „Europauniversität“ trage. Es gebe beispielsweise einen Studiengang internationales Management. Probleme in Deutschland seien vor allem der Numerus Clausus und die Abhängigkeit der Ausbildung vom Einkommen. Dies müsse geändert werden.

VI. Konferenzbeitrag Schleswig-Holstein

Einführung

Herr **Klaus Schlie** (Präsident des Schleswig-Holsteinischen Landtages) hob in seinem Grußwort hervor, dass die Ostsee ein verbindendes Element in der Region sei. Er zog einen Vergleich mit der Hanse. Wichtig sei ein Dialog der Kulturen. Im Forschungs- und Bildungsbereich sei es erforderlich, die modernen Kommunikationstechniken besser einzusetzen, um eine virtuelle Hochschule zu schaffen. Ferner gebe es in Deutschland ein Defizit bei der Unterstützung von Existenzgründungen.

Vortrag

Herr **Professor Rolf Granow** (Direktor des Instituts für Lerndienstleistungen der FH Lübeck, Geschäftsführer der oncampus GmbH) legte dar, dass deutsche Hochschulen das Internet besser nutzen und die Möglichkeiten des E-Learnings verbessern müssten, um eine virtuelle Hochschule zu schaffen. Dies würde die Hochschulen für neue Zielgruppen öffnen und neue Formen des Lernens ermöglichen. Dieses Thema eigne sich gut für eine überregionale Kooperation, da es im Internet keine Grenzen gebe. Er stellte dazu den „Baltic Sea Virtual Campus“ vor. Dies sei ein Netzwerk aus verschiedenen Hochschulen im Ostseeraum, unter anderem Kiel, Lübeck, Hamburg, Stettin, Danzig, Kaliningrad und Lund. Ziel des Netzwerks sei, die Wettbewerbsfähigkeit des Ostseeraums zu erhöhen, hochwertige Onlinebildung anzubieten, gemeinsam Ressourcen zu nutzen und interkulturelle Erfahrungen nutzbar zu machen. Die Tatsache, dass das Internet heute nicht mehr ortsgebunden sei, sondern über mobile Geräte jederzeit und überall genutzt werden könne, führe dazu, dass mehr und neue Bevölkerungsschichten erreicht werden könnten. Er stellte den internationalen onlinebasierten Studienkurs „Healthy to go - Food-Innovation“ vor. Er stellte ferner verschiedene onlinebasierte Bildungsangebote vor. Einerseits gebe es offene Angebote, andererseits einschreibungspflichtige Angebote.

Er legte dar, dass E-Learning wichtig sei, da die Industrie 4.0 und das Internet der Dinge neue Herausforderungen darstellten. Ferner gebe es immer schneller Innovationen. Entsprechende Weiterbildung könne nur durch E-Learning gewährleistet werden. Berufliche Weiterbildung, das sogenannte lebenslange Lernen, könne ebenfalls nur online gewährleistet werden. Schließlich sei es auf Grund der Globalisierung erforderlich, dass Europa wettbewerbsfähig bleibe. Auch hier sei ein verstärkter Einsatz von E-Learning notwendig. Die Staaten im Ostseeraum sollten sich nicht als Wettbewerber sehen, sondern ihre Kräfte bündeln. Hinsichtlich des E-Learnings resümierte er, dass der Erwerb von Bildungsabschlüssen immer von Vorteil sei. Dies gelte auch für onlinebasierte Kurse. Onlinestudien seien den Präsenzstudien vergleichbar. An Onlinestudien würden nur hochmotivierte Menschen teilnehmen. Dies sei auch darauf zurückzuführen, dass entsprechende Kurse regelmäßig gebührenpflichtig seien.

VII. Konferenzbeitrag Ermland-Masuren

Einführung

Herr **Julian Osiecki** (Stellvertretender Vorsitzender des Sejmiks der Woiwodschaft Ermland-Masuren) hob in seinem Grußwort die Wichtigkeit eines Erfahrungsaustausches der Regionen im Ostseeraum hervor. Durch Kooperationen könnten ganz neue Potenziale generiert werden. Er bewertete den Besuch der Delegationen in der KZ-Gedenkstätte Neuengamme und die dortige gemeinsame Kranzniederlegung positiv. Er regte an, in der Gedenkstätte auch polnisch-sprachige Informationsangebote zu installieren.

Vortrag

Herr **Professor Arkadiusz Żukowski** (Direktor des Instituts für Politikwissenschaft an der Universität Olsztyn) erläuterte, dass die Mobilität von Studenten innerhalb des Ostseeraums nur gering sei. Ferner nähmen doppelt so viele polnische Studenten ein Austauschstudium in Anspruch, wie ausländische Studenten nach Polen kämen. Seiner Ansicht nach sei das Interesse an grenzüberschreitender Zusammenarbeit gering. Er legte dar, dass die Grundlage für Entwicklung sei, dass eine Region stabil und sicher sein müsse. Dies sei aktuell gewährleistet. Auf Grund der sich ändernden Rahmenbedingungen könne sich dies aber in Zukunft ändern. Wenn es eine Zusammenarbeit im Bildungssektor geben solle, dann müsse auch über die politischen und kulturellen Fragen nachgedacht werden.

Herr **Alexander Mussewitsch** (Vorsitzender des ständigen Ausschusses für internationale und regionale Beziehungen, Sicherheit und Rechtsordnung der Kaliningrader Gebietsduma) fragte nach der Motivation von Studierenden ein Austauschstudium durchzuführen.

Herr **Professor Arkadiusz Żukowski** (Direktor des Instituts für Politikwissenschaft an der Universität Olsztyn) nannte hierzu den Abbau von Vorurteilen. Ein Problem sei aber, dass ein Auslandsaufenthalt trotz regelmäßig niedriger Kosten oft nicht finanziert werden könne.

Auch Herr **Krzysztof Zarna** (Direktor der Abteilung für territoriale Zusammenarbeit der Woiwodschaftsverwaltung Westpommern) bestätigte, dass die Mobilität unter Studierenden schwach sei und dass dies häufig an der fehlenden Finanzierung liege. Er erkundigte sich, was es diesbezüglich für Angebote gebe.

Herr **Professor Arkadiusz Żukowski** (Direktor des Instituts für Politikwissenschaft an der Universität Olsztyn) legte dar, dass die Universität Olsztyn circa 200 Kooperationsverträge mit ausländischen Hochschulen abgeschlossen habe. Die geringe Mobilität sei einerseits auf die fehlende Finanzierung zurückzuführen, andererseits auch darauf, dass Studierende während eines Auslandsstudiums im Westen Geld verdienen wollten, was in der Regel nicht möglich sei. Die Anerkennung von im Ausland erbrachten Studienleistungen sei oft schwierig. Außerdem sei Reisen in einem Europa ohne Grenzen heutzutage nicht mehr so attraktiv.

VIII. Konferenzbeitrag Mecklenburg-Vorpommern

Einführung

Die **erste Vizepräsidentin des Landtages Frau Beate Schlupp** hob für **Mecklenburg-Vorpommern** in ihrem Grußwort hervor, dass dem Parlamentsforum insbesondere in politisch unruhigen Zeiten ein verbindendes Element innewohne. Sie ging ferner auf die Entwicklungen seit dem 12. Parlamentsforum ein. Es habe sich im Rahmen der deutsch-polnischen Oderpartnerschaft beispielsweise ein gemeinsames Tourismusnetzwerk gebildet. Das Ziel einer regionenübergreifenden gemeinsamen Vermarktung der Südlichen Ostsee sei durch das Projekt South Baltic mit einer Förderung aus dem Programm Südliche Ostsee maßgeblich vorangetrieben worden. Ferner werde das Thema Nachhaltigkeit in der Tourismuswirtschaft im Rahmen der Umsetzung des Schwerpunktbereichs Tourismus in der EU-Ostseestrategie berücksichtigt. Sie hob im Hinblick auf das diesjährige Forum hervor, dass eine gut aufgestellte Wissenschaftslandschaft positive Auswirkungen in vielen Bereichen habe. Sie nannte insbesondere Vorteile für den Arbeitsmarkt und ein stärkeres Wirtschaftswachstum. Es müssten Anreize geschaffen werden, dass Studierende aus der Region der Südlichen Ostsee vermehrt die Möglichkeit von Auslandsaufenthalten nutzen. Vor dem Hintergrund des teilweise wiederauflebenden Rückgriffs auf nationale Stereotype in Europa müsse die Entwicklung kultureller Kompetenzen gefördert werden. Den Lehrkräften komme dabei eine besondere Bedeutung zu. Hinsichtlich eines durch den demografischen Wandel verstärkten Fachkräftebedarfs sollte das Potential älterer Arbeitnehmer verstärkt genutzt werden. Schließlich hob sie hervor, dass das Thema des diesjährigen Parlamentsforums Schnittstellen zur diesjährigen Ostseeparlamentarierkonferenz aufweise und dass die Resolution des Parlamentsforums in die Arbeit der Ostseeparlamentarierkonferenz einfließen solle.

Vortrag

Herr **Thomas Karopka** (Projektmanager BioCon Valley GmbH, Greifswald) stellte in seiner Präsentation zunächst den Gesundheitswirtschaftsstandort Mecklenburg-Vorpommern vor. Die Region stehe vor den Herausforderungen der Zunahme der älteren und hochaltrigen Bürgerinnen und Bürger, der Entleerung der ländlichen Räume sowie des Bevölkerungszuwachses in Metropolregionen. Es gebe eine Zunahme von Multimorbidität und chronischen Erkrankungen, einen Mangel an Pflegekräften und einen Mangel an Hausärzten in ländlichen Räumen. Dies habe Auswirkungen auf die regionale Gesundheitsfürsorge, den Arbeitsmarkt und die Regionalentwicklung. Er stellte verschiedene Definitionen von „Innovation“ dar. Innovation sei nicht gleichbedeutend mit Erfindung. Innovation könne nicht erzeugt, aber gefördert werden. Er stellte mehrere innovative Telemedizinprojekte aus Mecklenburg-Vorpommern vor.

Das Telemedizin-Netzwerk Euroregion Pomerania und Teleradiologie-Netzwerk Mecklenburg-Vorpommern (TeleRad-MV) seien grenzübergreifende Beispiele für Kooperation in der medizinischen Versorgung. Das Telemedizinische Fernbefundungssystem „Kiebitz“ ermögliche eine Audio-Video-Konferenz zwischen Arzt und Patient. Das EU-Projekt LifeCity ermögliche eine hochauflösende Videokonferenz im Rahmen der Notfallversorgung. Die Plattform www.arztkonsultation.de ermögliche eine virtuelle Sprechstunde im Rahmen einer schon bestehenden Arzt-Patienten-Beziehung. Er hob hervor, dass Innovation ganzheitlich im Sinne eines „Ökosystems“ betrachtet werden müsse. Neben technischen Aspekten müssten auch gesetzliche, regulatorische, organisatorische und soziale Aspekte beachtet werden. Innovation brauche geeignete Rahmenbedingungen. Die Förderung von Innovation müsse sektor- und branchenübergreifend realisiert werden. Durch grenzübergreifende Kooperation könnten Synergien erzielt werden.

Herr **Bodo Bahr** (Stellvertretender Direktor des Landtages Mecklenburg-Vorpommern) wies darauf hin, dass in Deutschland ein Fernbehandlungsverbot gelte. Er fragt, ob es dies auch in anderen Ostseeanrainerstaaten gebe.

Herr **Thomas Karopka** (Projektmanager BioCon Valley GmbH, Greifswald) legte dar, dass es dies seiner Kenntnis nach so nur in Deutschland gebe. Im Bereich der Telemedizin sei Skandinavien Vorreiter. Das ScanBalt-Netzwerk sei sehr aktiv in dem Bereich. Im Ostseeraum gebe es verschiedene Kooperationen. Unter anderem bestehe in Schleswig-Holstein ein E-Health Netzwerk.

Herr **Alexander Mussewitsch** (Vorsitzender des ständigen Ausschusses für internationale und regionale Beziehungen, Sicherheit und Rechtsordnung der Kaliningrader Gebietsduma) fragte, ob es Statistiken zu ärztlichen Fehlern in Bezug auf E-Health gebe.

Herr **Thomas Karopka** (Projektmanager BioCon Valley GmbH, Greifswald) verneinte dies.

Frau **Gabriele Dobusch** (Mitglied der Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg) stellte fest, dass die Niederlande besonders weit im Bereich der digitalen Therapien seien.

Herr **Thomas Karopka** (Projektmanager BioCon Valley GmbH, Greifswald) regte eine weitere Vernetzung von Experten im Bereich Telemedizin an.

IX. Konferenzbeitrag Hamburg

Vortrag

Herr **Klaus von Lepel** (Referatsleiter Forschung, Transfer, Europa in der Behörde für Wissenschaft und Forschung der Freien und Hansestadt Hamburg) sagte, der Ostseeraum sei eine der wettbewerbsfähigsten und innovativsten Regionen der Welt. Allerdings stehe die Ostseeregion vor Herausforderungen wie dem demografischen Wandel, der Globalisierung und sinkender Budgets. Die bestehenden wissenschaftlichen Einrichtungen im Ostseeraum seien nicht gleichmäßig verteilt und auch nicht miteinander verbunden. Die Wissenschafts- und Innovationsstrategien der Partnerregionen endeten regelmäßig an den nationalen Grenzen. Es fehle an einer makroregionalen Koordinierung sowie an einem Netzwerk für Wissenschafts- und Forschungspolitik, das die gesamte Region umfasse.

Im Januar 2014 habe Hamburg die „Hamburg Baltic Sea Strategy for science and research“ geschaffen, die eine verstärkte Kooperation von Universitäten und Forschungseinrichtungen in der Region der Südlichen Ostsee zum Ziel habe. Er stellte die Idee eines „Baltic Science Network“ vor. Dies habe eine intensivere Kooperation in den Bereichen Hochschulbildung, Wissenschaft, Forschung und Innovation zum Ziel. Ferner soll das Netzwerk die Entwicklung von gemeinsamen Wissenschaftsstrategien in bestimmten Themengebieten fördern, gemeinsames Lobbying bei den Institutionen in Brüssel ermöglichen sowie den Informationsaustausch in der Region erleichtern. Das Netzwerk soll einen politischen Charakter haben. Akteure sollen die nationalen und regionalen Wissenschaftsministerien, Dachorganisationen in den Bereichen Wissenschaft, Forschung sowie höherer Bildung, EU-Kommission, CBSS, und Nordischer Rat sein sowie Universitäten und Forschungseinrichtungen. Das Netzwerk soll unter dem Dach des CBSS operieren und durch einen Steuerungsausschuss koordiniert werden. Langfristig soll das Netzwerk ein Flagship Project im Rahmen der EU-Ostseestrategie werden. Im Februar 2015 habe zu dem Netzwerk in Hamburg ein Workshop stattgefunden. Es seien folgende Prioritäten herausgearbeitet worden: Mobilität und Ausbildung im Ostseeraum erhöhen, Forschung und Innovation im Ostseeraum fördern sowie ein gemeinsames Vorgehen anstreben. Es seien vier Arbeitsgruppen gegründet worden. Das Netzwerk soll über das Interreg Vb Programm finanziert werden, da eine der Prioritäten von Interreg Vb „Innovationsfähigkeit“ sei.

Herr **Jerzy Kotłęga** (Vizepräsident des Sejmiks der Woiwodschaft Westpommern) erwähnte, dass das Parlamentsforum nicht zwischen der südlichen Ostsee und der Ostsee als Ganzes unterscheiden sollte. Vielmehr sollte der Name des Forums erweitert werden, um weitere Ostseepartner zu gewinnen. Er schlug vor, zu dem 14. Parlamentsforum Südliche Ostsee weitere Parlamente einzuladen.

Frau **Carola Veit** (Präsidentin der Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg) wies daraufhin, dass es auch die Ostseeparlamentarierkonferenz gebe, die einen umfassenderen Teilnehmerkreis habe.

XIII. PARLAMENTSFORUM SÜDLICHE OSTSEE



Schlussresolution des XIII. Parlamentsforums Südliche Ostsee

19. bis 21. April 2015

Resolution des 13. Parlamentsforums Südliche Ostsee vom 19. bis 21. April 2015 unter dem Vorsitz der Hamburgischen Bürgerschaft Hamburg, Deutschland

Das 13. Parlamentsforum Südliche Ostsee hat während seiner Konferenz vom 19. bis 21. April 2015 in Hamburg das Thema

„Wissenschafts- und Hochschulkooperation im Ostseeraum“

beraten. Die Ergebnisse und Aussagen sollen unter anderem in die Arbeit der Ostseeparlamentarierkonferenz (www.bspc.net) einfließen. Das Parlamentsforum hat auf der Grundlage von Beratungen mit Sachverständigen aus allen beteiligten Regionen gemeinsame Leitlinien formuliert mit dem Ziel, die Region der südlichen Ostsee als international wettbewerbsfähige Wissenschaftsregion mit globaler Ausstrahlung zu positionieren. Sie können eine thematische Bereicherung der polnischen Präsidentschaft im Ostseerat (CBSS) darstellen.

So werden auch mit der Schlussresolution des 13. Parlamentsforums Südliche Ostsee Ergebnisse und Handlungsbedarfe für die Regionalentwicklung in der südlichen Ostsee zu dem Schwerpunktthema formuliert. Adressaten sind die jeweils verantwortlichen Entscheidungsträger auf den unterschiedlichen Stufen des europäischen Mehrebenensystems. Dazu zählen im Einzelnen: Das Europäische Parlament und die EU-Kommission, Institutionen im Ostseeraum (Ostseerat, HELCOM, VASAB), Internationale Organisationen (IMO), die nationalen und regionalen Regierungen und Selbstverwaltungen ebenso wie die Partnerparlamente in der südlichen Ostsee.

Dafür sehen die beteiligten Regionen folgenden Handlungsbedarf:

I. Wissenschafts- und Hochschulkooperation im Ostseeraum

Das Parlamentsforum Südliche Ostsee

1. ist der Auffassung, dass

- a) die Ostseeregion im globalen Maßstab nicht nur ein bedeutender Wirtschaftsraum, sondern auch eine wettbewerbsstarke Wissensregion mit einer exzellenten Hochschul- und Forschungsinfrastruktur ist;
- b) nur gut vernetzte Hochschulen und Wissenschaftseinrichtungen ihre gesellschaftlichen Kernaufgaben in Lehre und Forschung erfüllen können;
- c) international ausgerichtete Hochschulen und Wissenschaftseinrichtungen einen wichtigen Beitrag zum geistigen, technologischen und wissenschaftlichen Fortschritt sowie zum Dialog der Kulturen leisten und wesentlicher Innovationstreiber für die wirtschaftliche Prosperität und Zukunftsfähigkeit des Ostseeraums sind;
- d) daher die Kooperation der Hochschulen und Wissenschaftseinrichtungen in der Ostseeregion weiter gestärkt werden sollte, u. a. durch grenzüberschreitende Forschungsverbünde;
- e) die praktische Umsetzung wissenschaftlicher Erkenntnisse auf der Grundlage einer engen Zusammenarbeit zwischen Wirtschaft und Wissenschaft weiter intensiviert werden sollte;
- f) eine gut aufgestellte Wissenschaftslandschaft einen wichtigen Beitrag leisten kann, um eine höhere Beschäftigungsquote zu erzielen;
- g) Hochschulen auch den Auftrag einer verantwortungsbewussten Entwicklung der Gesellschaft, Umwelt und Wirtschaft einer Region und darüber hinaus annehmen müssen;
- h) Hochschulen sich besonders im Ostseeraum der Friedens- und Konfliktforschung widmen und sich hier stärker vernetzen sollten;

- i) der Klimawandel auch auf die Ostseeregion einen starken Einfluss haben wird. Die damit einhergehenden Herausforderungen sollten auch in der Wissenschaftslandschaft behandelt werden;
- j) gerade eine Küstenregion besonders engagiert für den Schutz der Meere eintreten sollte. Die Wissenschaft kann hierzu einen besonders wichtigen Teil beitragen;

2. sieht den dringenden Bedarf,

- a) die Wissenschaftskooperationen in der Ostseeregion qualitativ und quantitativ zu intensivieren;
- b) Wissenschaftskooperationen im universitären und außeruniversitären Bereich im Ostseeraum durch den strategischen Ausbau bestehender und neu zu begründender Partnerschaften zu stärken und Verbesserungspotenziale auszuschöpfen, etwa durch den Austausch von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, Studierenden und Ideen, die gemeinsame Nutzung von Infrastrukturen und das gemeinsame Auftreten bei überregionalen, EU-weiten Wettbewerben und interdisziplinären Forschungsprojekten wie beispielsweise in der Form von Experimentier- und Praxislaboren;
- c) die europäischen Stipendienprogramme für die Mobilität innerhalb der EU zu stärken sowie Austauschprogramme von Schulen im Ostseeraum sowie Sprachkurse und Summer Schools zu fördern;
- d) die Mobilität auch von Lehrkräften innerhalb der EU zu stärken, um die Vorteile des wissenschaftlichen und kulturellen Austausches zu vermitteln und Vorurteile abbauen zu helfen;
- e) die wechselseitige Anerkennung von Studienleistungen innerhalb der Bachelor- und Masterausbildung voranzutreiben, um einen weiteren Anreiz für die Teilnahme an Austauschprogrammen zu schaffen;
- f) die Verzahnung und Abstimmung der regionalen und nationalen Wissenschaftspolitik zu intensivieren, um einen im Integrationsgrad mit dem Binnenmarkt vergleichbaren gemeinsamen Forschungs- und Hochschulraum zu etablieren;
- g) die Forschungs- und Innovationsstrategien der regionalen und nationalen Akteure im Ostseeraum stärker miteinander zu koordinieren;
- h) gemeinsame grenzüberschreitende Pilotmaßnahmen im Bereich der Erhöhung der Qualifikationen und Förderung der Beschäftigung vorzusehen, die geeignet sind, der Abwanderung junger und ausgebildeter Arbeitskräfte entgegenzuwirken und diese wissenschaftlich zu begleiten;
- i) die Nutzung des Wissens- und Erfahrungspotentials der Arbeitskräfte aus den älteren Altersgruppen zu fördern und wissenschaftlich zu begleiten;

- j) Internetplattformen zum Wissens- und Erfahrungsaustausch der Schüler und Studierenden im Ostseeraum zu schaffen und verbreitet zu nutzen sowie wissenschaftlich zu begleiten;
 - k) die Ziele der europäischen Gleichstellungstrategie auch in Wissenschaft und Forschung umzusetzen;
 - l) dass die Hochschulen Strategien entwickeln müssen, um auf den demographischen Wandel in der Region der südlichen Ostsee zu reagieren;
 - m) die Forschung im Bereich der erneuerbaren Energien und im Bereich der Entwicklung der Energiesicherheit im Raum der südlichen Ostsee zu etablieren und zu vernetzen;
 - n) konkrete Förderinstrumente im Wissenschaftssektor im Ostseeraum zur Angleichung des Entwicklungsniveaus seiner Regionen durch Erhöhung des Innovationsniveaus und der Wettbewerbsfähigkeit mit Bezug zur maritimen Wirtschaft zu etablieren und die europäische Kooperation zu stärken;
3. sieht es daher als erforderlich an,
- a) durch verstärkte Investitionen in Lehre und Forschung und Verbesserung der Entwicklungsbedingungen dafür Sorge zu tragen, dass der forschungs- und innovationsstarke Wissenschaftsstandort „Ostseeraum“ mit seinen gewachsenen Partnerschaften und Beziehungen weiter gefestigt und ausgebaut wird;
 - b) eine neue Netzwerkstruktur in den Bereichen Wissenschaftspolitik und -management im Ostseeraum zu schaffen;
 - c) gezielt Netzwerke zum Wissens- und Technologietransfer zwischen Wissenschaft und Wirtschaft auszubauen, um die Wettbewerbsfähigkeit und Innovationskraft von Kleineren und Mittleren Unternehmen zu fördern;
 - d) auf der Basis der bestehenden Forschungseinrichtungen den Ostseeraum zu einer weltweit führenden Exzellenzregion im Bereich der Biomolekül- und Materialforschung weiterzuentwickeln;
 - e) die Wissenschaftskooperation auch in weiteren, noch gemeinsam zu identifizierenden Forschungsfeldern strategisch weiter auszubauen;
 - f) gemeinsame Anstrengungen zu unternehmen, den alle Partnerregionen betreffenden demografischen Wandel wissenschaftlich aufzuarbeiten, gemeinsame Strategien im Umgang damit zu entwickeln und insbesondere dem damit einhergehenden Rückgang der Anzahl von Erwerbstätigen durch das „lebenslange Lernen“ sowie die Unterstützung und Förderung ihrer Mobilität zu begegnen;
 - g) den Erfahrungsaustausch mit dem Ziel der Bekämpfung von multiresistenten Keimen und die Umsetzung der Forschung auf diesem Gebiet zu intensivieren;

- h) Forschung und Anwendung im Bereich der Biotechnologie zu fördern mit dem Ziel, die Ressourcennutzung zu optimieren und die Innovationsfähigkeit im Bereich der südlichen Ostsee zu verbessern;
 - i) im Zusammenhang mit dem für notwendig angesehenen Ausbau der erneuerbaren Energien und unter Bezugnahme auf die Forderungen des 11. Parlamentsforums Südliche Ostsee die Forschung im Hinblick auf Speichertechnologien und die gleichmäßige Bereitstellung erneuerbarer Energien zu intensivieren;
 - j) die Mobilität von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern und Studierenden innerhalb der Ostseeregion zu intensivieren und dadurch auch einen weiteren wichtigen Beitrag zum Entstehen einer regionalen Identität zu leisten;
 - k) die Zusammenarbeit von Wirtschaft und Wissenschaft in der Ostseeregion zu intensivieren, u. a. in der Umweltpolitik, anknüpfend an die Resolution des 11. Parlamentsforums Südliche Ostsee, aber auch in anderen Bereichen und den Wissenstransfer zu verbessern;
 - l) durch geeignete Maßnahmen das Bewusstsein der Bürgerinnen und Bürger für Bildung und Wissenschaft als wichtige Innovationsressource zu stärken;
 - m) die Voraussetzungen der Ostseeregion im globalen Wissenschaftswettbewerb weiter zu verbessern;
 - n) das Bildungsangebot im Hochschulwesen im Südlichen Ostseeraum entsprechend (durch praktische Innovation, Interdisziplinarität, Individualität und Internationalität) zu ergänzen, um die Qualifikationen der Studierenden zu erhöhen und in Folge eine neue Generation der maritimen Experten zu schaffen;
 - o) soziale Inklusion zu fördern, indem man das Wissen und die Erfahrungen der Personen aus der Gruppe der „Best Ager“ (55+) in der Wirtschaft, zur Entwicklung der Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit der Ostseeregion nutzt;
 - p) dass die Hochschulen in der Ostseeregion die Weiterentwicklung erneuerbarer Energien und ihrer ressourcenschonenden Nutzung auch weiterhin in den Bereichen Forschung und Lehre vorantreiben bzw. weiterentwickeln und diese gleichzeitig als große Chance verstehen;
4. appelliert an die Regierungen auf regionaler und nationaler Ebene sowie die Europäische Kommission,
- a) die artikulierten Forderungen aktiv zum Wohle und zur Zukunftssicherung der gesamten Ostseeregion umzusetzen;
 - b) Hochschulen und Wissenschaftseinrichtungen bei ihren Internationalisierungs- und Kooperationsstrategien zu unterstützen, indem Rahmenbedingungen verbessert und Hilfestellungen geleistet werden;

- c) Kooperationen zwischen Schulen im Ostseeraum ebenso zu fördern wie Summer Schools und Sprachkurse;
- d) den Schwerpunkt „Wissenschaft und Forschung“ bei der Überarbeitung des Aktionsplans der EU-Ostseestrategie stärker zu akzentuieren;
- e) den Hochschulen eine ausreichende finanzielle Grundausstattung für Forschung, Lehre, Netzwerkarbeit und Wissenstransfer zu ermöglichen.

II. 14. Parlamentsforum Südliche Ostsee

Das Parlamentsforum Südliche Ostsee

dankt dem Schleswig-Holsteinischen Landtag für die Bereitschaft, das 14. Parlamentsforum im Jahr 2016 auszurichten.

Hamburg, den 21. April 2015



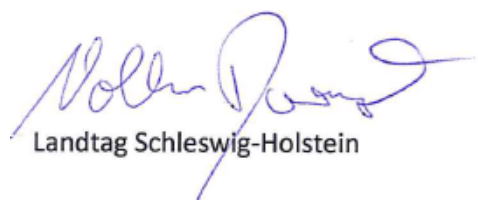
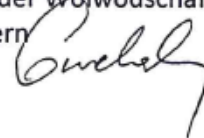
Kaliningrader Gebietsduma

Sejmik der Woiwodschaft
Westpommern



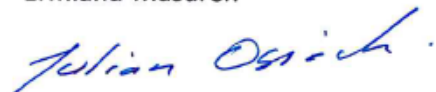
Landtag Mecklenburg-Vorpommern

Sejmik der Woiwodschaft
Pommern



Landtag Schleswig-Holstein

Sejmik der Woiwodschaft
Ermland-Masuren



Bürgerschaft der Freien und
Hansestadt Hamburg

XIII FORUM PARLAMENTÓW REGIONALNYCH POŁUDNIOWEGO BAŁTYKU



Rezolucja XIII Forum Parlamentów Regionalnych Południowego Bałtyku

19–21 kwietnia 2015 r.

Rezolucja XIII Forum Parlamentów Regionalnych Południowego Bałtyku 19–21 kwietnia 2015 r. pod przewodnictwem Rady Wolnego i Hanzeatyckiego Miasta Hamburga, Niemcy

XIII Forum Parlamentów Regionalnych Południowego Bałtyku obradowało w dniach od 19 do 21 kwietnia 2015 r. w Hamburgu na temat:

„Współpraca świata nauki i szkolnictwa wyższego w regionie Morza Bałtyckiego”.

Zgromadzone rezultaty i opinie warto wykorzystać między innymi w pracach Konferencji Parlamentarnej Morza Bałtyckiego (www.bspc.net). Na podstawie debat przeprowadzonych z ekspertami ze wszystkich uczestniczących regionów w ramach Forum Parlamentów sformułowano wspólne zalecenia, których celem jest osiągnięcie przez region Południowego Bałtyku rangi konkurencyjnego regionu naukowego o globalnym zasięgu na arenie międzynarodowej. Mogą one również stanowić doskonały wkład w zakres tematyczny polskiej Prezydencji w Radzie Państw Morza Bałtyckiego (CBSS).

Rezolucja końcowa XIII Forum Parlamentów Regionalnych Południowego Bałtyku zawiera rezultaty obrad oraz rekomendacje działań na rzecz rozwoju regionu Południowego Bałtyku w zakresie obranego priorytetowego obszaru tematycznego. Ich adresatami są decydenci reprezentujący różne szczeble europejskiego systemu wielopoziomowego zarządzania, a mianowicie: Parlament Europejski i Komisja Europejska, instytucje państw leżących w basenie Morza Bałtyckiego (Rada Państw Morza Bałtyckiego, HELCOM, VASAB), organizacje międzynarodowe (IMO), rządy krajowe, regionalne i samorządy terytorialne oraz parlamenty partnerskie w regionie Południowego Bałtyku.

Zaangażowane regiony dostrzegają konieczność podjęcia działań w następujących obszarach:

I. Współpraca świata nauki szkolnictwa wyższego w regionie Morza Bałtyckiego

Forum Parlamentów Regionalnych Południowego Bałtyku

1. reprezentuje pogląd, że:

- a) region Morza Bałtyckiego w ujęciu globalnym jest nie tylko ważną przestrzenią gospodarczą, ale również konkurencyjnym regionem naukowym, wyróżniającym się doskonałą infrastrukturą w zakresie szkolnictwa wyższego i badań naukowych;
- b) zasadniczym zadaniom społecznym w obszarze nauki i badań mogą sprostać tylko uczelnie i instytucje naukowe z dobrze rozwiniętą siecią współpracy;
- c) aktywne na arenie międzynarodowej uczelnie i instytucje naukowe przyczyniają się do humanistycznego, technologicznego i naukowego postępu oraz dialogu kultur, jak i stanowią siłę napędową innowacji na rzecz wzrostu gospodarczego i stabilnej przyszłości obszaru Morza Bałtyckiego;
- d) współpraca uczelni i placówek naukowych w regionie Morza Bałtyckiego powinna być nadal wzmacniana, m.in. w ramach transgranicznych klastrów naukowych;
- e) konieczne jest dalsze intensywne wdrażanie wyników badań naukowych w praktyce w oparciu o ścisłą współpracę pomiędzy światem gospodarki i nauki;
- f) dobrze rozwinięta infrastruktura naukowa może przyczynić się w istotnej mierze do wzrostu zatrudnienia w regionie;

- g) szkoły wyższe powinny również zadbać m.in. o świadomy i odpowiedzialny rozwój społeczeństwa, środowiska naturalnego i gospodarki w regionie;
- h) uczelnie powinny zająć się – szczególnie w obszarze Morza Bałtyckiego – badaniami nad zapobieganiem konfliktów oraz zadbać o rozszerzenie sieci współpracy w tym zakresie;
- i) zmiany klimatyczne mają również wpływ na region Morza Bałtyckiego, dlatego środowisko naukowe powinno zająć się także związanymi z nimi wyzwaniami;
- j) regiony leżące na wybrzeżu powinny szczególnie angażować się na rzecz ochrony mórz; ważna rola w tym zakresie przypada dziedzinie nauki;

2. dostrzega pilną potrzebę:

- a) intensyfikacji współpracy naukowej w regionie Morza Bałtyckiego pod względem jakościowym i ilościowym;
- b) wzmocnienia współpracy naukowej uniwersyteckiej i pozauniwersyteckiej w obszarze Morza Bałtyckiego przez strategiczne rozszerzanie zarówno już istniejących, jak i nowo powstałych partnerstw oraz wykorzystania istniejących potencjałów – dzięki wymianie naukowców i studentów oraz pomysłów, a także wspólne wykorzystanie infrastruktury i reprezentowanie wspólnych interesów wobec ponadregionalnych konkurentów w Unii Europejskiej; oraz w ramach interdyscyplinarnych laboratoryjnych projektów badawczych zorientowanych eksperymentalnie i praktycznie;
- c) wspierania realizacji europejskich programów stypendialnych promujących mobilność w Unii Europejskiej, programów wymiany szkolnej w obszarze Morza Bałtyckiego oraz kursów językowych i szkół letnich;
- d) poprawy mobilności wykładowców wewnątrz Unii Europejskiej, aby wykorzystać pozytywne strony wymiany naukowej i kulturalnej oraz pomóc w zwalczaniu stereotypów;
- e) przyspieszenia procesów wzajemnego uznawania osiągnięć zdobytych w ramach studiów licencjackich i magisterskich, aby stworzyć kolejne zachęty do uczestnictwa w programach wymiany;
- f) intensyfikacji działań w zakresie zacieśniania i kompatybilności kierunków regionalnej i krajowej polityki edukacyjnej w celu stworzenia wspólnej przestrzeni świata badań i szkolnictwa wyższego pod kątem integracji z rynkiem wewnętrznym;
- g) poprawy koordynacji między strategiami w zakresie badań i innowacji regionalnych i krajowych podmiotów zaangażowanych w obszarze Morza Bałtyckiego;
- h) naukowego wsparcia dla inicjowanych, wspólnych, transgranicznych działań pilotażowych w zakresie podnoszenia kwalifikacji i promocji zatrudnienia w celu zapobiegania odpływowi młodych i wykształconych pracowników;

- i) naukowego wsparcia w zakresie promowania wykorzystania wiedzy i doświadczenia pracowników ze starszych grup wiekowych;
 - j) naukowego wsparcia pod kątem tworzenia i powszechnego wykorzystywania platform internetowych służących uczniom i studentom w obszarze Morza Bałtyckiego do wymiany wiedzy i doświadczenia;
 - k) dążenia do osiągnięcia celów Europejskiej Strategii na rzecz równości kobiet i mężczyzn także w dziedzinie nauk i badań;
 - l) wypracowania przez uczelnie strategii pozwalających na podjęcie odpowiednich działań w związku ze zmianami demograficznymi w regionie Południowego Bałtyku;
 - m) ugruntowania badań w zakresie energii odnawialnych oraz zapewnienia bezpieczeństwa energetycznego w obszarze Południowego Bałtyku oraz rozwinięcia sieci współpracy;
 - n) wdrożenia na stałe konkretnych instrumentów wsparcia sektora nauki w obszarze Morza Bałtyckiego w celu wyrównania poziomu rozwoju jego regionów, wyrażonego poprzez zwiększenie poziomu innowacyjności i konkurencyjności branży morskiej, jak i wzmocnienia współpracy europejskiej;
3. w związku z tym postrzega konieczność:
- a) troski o to, aby silny pod względem badawczym i innowacyjnym „obszar Morza Bałtyckiego” nadal wzmacniać w ramach istniejących ścisłych kontaktów i sieci partnerskich, a także rozwijać poprzez zwiększone inwestycje w naukę i badania oraz stworzenie warunków ich rozwoju;
 - b) stworzenia nowej struktury sieci współpracy, obejmującej politykę i zarządzanie w zakresie nauki w obszarze Morza Bałtyckiego;
 - c) rozbudowy sieci współpracy w zakresie transferu wiedzy i technologii pomiędzy światem nauki i gospodarki w celu wspierania konkurencyjności i innowacyjności małych i średnich przedsiębiorstw;
 - d) dalszego rozwoju obszaru Morza Bałtyckiego jako – wiodącego na rynku światowym – regionu doskonałości w zakresie badań biomolekularnych i materiałowych, w oparciu o istniejące placówki badawcze;
 - e) dalszego, strategicznego rozszerzania współpracy naukowej we wspólnie wybranych obszarach badawczych;
 - f) podjęcia wspólnych wysiłków na rzecz przeprowadzenia naukowej analizy zmian demograficznych, dotyczących wszystkich zaangażowanych regionów partnerskich, jak i wypracowania adekwatnych, wspólnych strategii, mających na celu zapobieganie zmniejszaniu się liczby osób zatrudnionych dzięki kształceniu ustawicznemu („nauczanie przez całe życie”) oraz wspieranie i promocję mobilności;
 - g) intensyfikacji wymiany doświadczeń dotyczących zwalczania multiodpornych bakterii oraz realizację badań w tym zakresie;

- h) wsparcia rozwoju badań i wdrożeń w zakresie biotechnologii, jako technologii zapewniającej optymalizację wykorzystania zasobów oraz wzrost poziomu innowacyjności obszaru Południowego Bałtyku;
 - i) intensyfikacji badań pod kątem technologii przechowywania zapasów energii oraz równomiernego zaopatrzenia w energię ze źródeł odnawialnych zgodnie z odpowiednimi zaleceniami XI Forum Parlamentów Regionalnych Południowego Bałtyku;
 - j) intensyfikacji mobilności naukowców i studentów w regionie Morza Bałtyckiego, co stanowić będzie kolejny ważny wkład w kreowaniu regionalnej tożsamości;
 - k) poprawy współpracy pomiędzy sektorem gospodarki i nauki w regionie Morza Bałtyckiego, m.in. w zakresie ochrony środowiska, do której nawiązuje rezolucja XI Forum Parlamentów Regionalnych Południowego Bałtyku, a także w innych dziedzinach oraz poprawy transferu wiedzy;
 - l) realizacji odpowiednich działań, mających na celu lepsze uświadomienie społeczeństwu znaczenia nauki jako ważnego czynnika innowacji;
 - m) dalszej poprawy warunków w regionie Morza Bałtyckiego pod kątem konkurencyjności nauki na świecie;
 - n) uzupełnienia oferty edukacyjnej szkolnictwa wyższego w obszarze Południowego Bałtyku (przez praktyczną innowacyjność, interdyscyplinarność, zindywidualizowanie oraz umiędzynarodowienie), aby podnieść kwalifikacje studentów, a w konsekwencji wykształcić nowe pokolenie ekspertów morskich;
 - o) promocji inkluzji społecznej poprzez wykorzystanie wiedzy i doświadczenia osób z grupy „Best Ager” (55+) we wspieraniu gospodarki, kształtowaniu innowacyjności i konkurencyjności regionu Morza Bałtyckiego;
 - p) dalszego rozwoju badań w zakresie odnawialnych źródeł energii i ich wykorzystania z uwzględnieniem zrównoważonego gospodarowania zasobami naturalnymi przez uczelnie w regionie Morza Bałtyckiego;
4. apeluje do rządów szczebla regionalnego i narodowego oraz Komisji Europejskiej o:
- a) aktywną realizację zaproponowanych zaleceń dla dobra i bezpiecznej przyszłości całego regionu Morza Bałtyckiego;
 - b) wspieranie szkół wyższych i placówek naukowych w realizacji ich strategii międzynarodowych i współpracy poprzez poprawę warunków ramowych oraz udzielane im wsparcie;
 - c) wspieranie współpracy pomiędzy szkołami w obszarze Morza Bałtyckiego, w takim samym zakresie jak szkół letnich i kursów językowych;

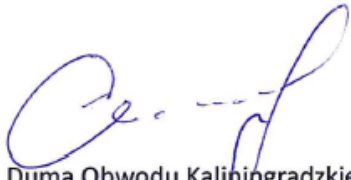
- d) silniejsze zaakcentowanie priorytetu „nauka i badania” w ramach nowelizacji Planu Działania Strategii Unii Europejskiej dla regionu Morza Bałtyckiego;
- e) wystarczające środki finansowe dla uczelni, umożliwiające im działania w takich obszarach jak: badania, nauka, praca w ramach sieci współpracy i transferu wiedzy;

II. XIV Forum Parlamentów Regionalnych Południowego Bałtyku

Forum Parlamentów Regionalnych Południowego Bałtyku

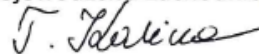
dziękuje Parlamentowi Szlezwika-Holsztynu za gotowość zorganizowania XIV Forum Parlamentów Regionalnych Południowego Bałtyku w roku 2016.

Hamburg, 21 kwietnia 2015



Duma Obwodu Kaliningradzkiego

Sejmik Województwa Zachodniopomorskiego



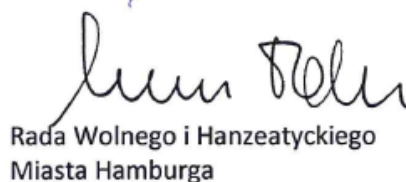
Parlament Mecklemburgii -
Pomorza Przedniego

Sejmik Województwa Pomorskiego



Parlament Szlezwika-Holsztynu

Sejmik Województwa Warmińsko- Mazurskiego



Rada Wolnego i Hanzeatycznego
Miasta Hamburga